

demokratischen Verfassung gearbeitet. Aller Repression zum Trotz diskutieren die lokalen Komitees der revoltierenden Städte mit Aktivisten in Damaskus darüber, was für einen Staat sie wollen. Demokratisch und weltlich soll er sein, aber auch soziale Rechte verwirklichen, so der derzeitige Stand. Auch hier schwebt vielen eine soziale Demokratie vor, wie ihn zurückkehrende Migranten aus Europa schildern.

Ganz anders stellt sich die Lage in Libyen dar. Das Land war bis 2003 praktisch von der Außenwelt abgeschottet. Obgleich das Bildungsniveau hoch ist, haben nur die Wenigsten Kenntnisse über die politische Situation in anderen Ländern. Ägypten und Tunesien kennen einige von kurzen Auslandsaufenthalten. Interessiert, aber etwas befremdet reagieren auch Verantwortungs-träger auf Berichte von den Diskussionen in den Nachbarländern: Weltlicher oder Islamischer Staat? Mehrheits- oder Ver-

hältniswahlrecht? Erst müsse der Krieg gewonnen werden, heißt es. Dann könne das alles diskutiert werden, sagt Intisar Al Agileh, juristische Beraterin des Nationalen Übergangsrats, der derzeit als Regierung des befreiten Ostteils des Landes wirkt. Parteiengründungen sind bisher kein Thema.

Die jungen Menschen, die auch hier die Revolte angeführt haben, hätten am liebsten einen weltlichen Staat. »Religion ist Religion und Staat ist Staat, oder?« fragt Osama, ein 27-jähriger Wirtschaftswissenschaftler. Von älteren hört man indes häufig, eine »islamische Demokratie« sei das Ziel. Gefüllt wird dieser Begriff nicht: »Bloß nicht wie im Iran, auch nicht wie in der Türkei. Nein, etwas Neues.«

Insofern ist davon auszugehen, dass sich auch hier weltliche Parteien in Konkurrenz zu islamischen gründen werden. Wie das ausgehen wird, ist kaum absehbar.

Analysen:

Rupert Neudeck

Katastrophenhilfe – nicht immer nur zugunsten der Betroffenen

Die Spendenbereitschaft der Bevölkerung ist bei jeder Katastrophe groß. Die Katastrophenhilfe jedoch ist oft unkoordiniert und gar kontraproduktiv. Unser Autor, ein ausgewiesener Experte auf dem Gebiet der praktischen Hilfe, kritisiert die »Mitleidsindustrie« und macht Vorschläge für eine Hilfe, die auch wirklich nützt.

Rupert Neudeck

(* 1939) gründete das Komitee Cap Anamur / Deutsche Notärzte e.V. und ist seit 2003 Leiter von Grünhelme e.V. Arbeitet u.a. in Ruanda und im Kongo. 2011 bei Herder erschienen: *Das unheilige Land: Brennpunkt Naher Osten – Warum der Friede verhindert wird.*
r.neudeck@t-online.de



mit neuen vorfabrizierten Häusern, Zelten, Wohnenklaven, Hütten an, die man mit Flugzeugen, LKW-Flotten oder Schiffen in die Katastrophengebiete bringt. Das hilft meist mehr dem Wachstum dieser Industrie als den Opfern und Betroffenen der Katastrophen.

Ganz gleich, ob es sich um die Tsunami-Katastrophe in Südostasien handelte oder die Erdbeben-Desaster in Haiti (am 12. Januar 2010 mit 250.000-316.000 geschätz-

Die Hilfe für die natur- und menschengemachten Katastrophen der Erde fängt oft

ten Toten) und Kaschmir (am 8. Oktober 2005 mit etwa 50.000 Toten) oder um die Jahrhundertflut in Pakistan 2010/11 – es werden den westlichen Hilfsorganisationen immer meterweise Material ins Haus geschickt, in denen ihnen provisorische Bauten angeboten werden. Die »Mitleids-industrie« ist dabei sehr erfinderisch – für eine wirkliche Hilfe für die Opfer von Fluten, Überschwemmungen, Vulkanausbrüchen und Erdbeben ist das aber eher hinderlich und verhängnisvoll.

Man entwickelt dabei Fertigbauhäuser, die den Menschen, die bisher mit ihrem Lehmhaus im Einklang mit der Natur gelebt haben, vor die Nase gesetzt werden. Es geht dann oft um »efficiency«, also um das schnelle Ausfallen und Aufschlagen solcher provisorischer Bauten, die in riesigen Tonnagen geliefert werden und den Menschen den letzten Rest ihrer Eigenaktivität nehmen.

Würde man sich *mit* den Menschen um ihr Schicksal kümmern, dann würde man bei ihnen oder gar mit ihnen leben, würde die unglaubliche Traumatisierung erleben, die bis hin zu einer Theodizee-Frage gehen kann: Wie konnte Gott das alles ausgerechnet ihnen in dem Fischerdorf zumuten? In dieser Situation spielt die Frage der eigenen Religion eine große Rolle. Man erlebt den Tsunami oder die Flut als eine Strafe für eigenes sündiges Vergehen.

Westliche Helfer meinen ja, sich arrogant darüber hinwegsetzen zu können, aber sie haben damit ihre eigene Aufgabe aufgegeben. Sie wollen nur noch den großen Aufklärer und Menschheitsbeglückter aus unseren säkularen Bereichen spielen.

Nicht allein von den Kosten, auch von einer vernünftigen Wiederaufbauplanung her sind Fertigbau-Programme eine Geldverschwendung. Denn die Menschen sollten sich ihre eigenen Hütten selbst wieder bauen. In Haiti gab es eine deutsche Wasser-Firma, die eine eigens für Haiti konstruierte Wasseraufbereitungsanlage dorthin verschifft, wo sie nach acht Monaten

noch nicht im Einsatz war, weil die verschiedenen Koordinationsinstanzen (UNO, USA, die Rot-Kreuzgesellschaften, die US-amerikanischen NGOs) so heftig gegeneinander arbeiteten, dass sie immer noch nicht zur Entscheidung gelangt waren, diese Anlage richtig und vernünftig einzusetzen.

Die Helfer gehen nicht mehr in die Dörfer

Am Anfang der großen enthusiastischen Dritte-Welt-Bewegung unter John F. Kennedys *Peace Corps Initiative* ging es nur darum, dass bereitwillige und ganz besonders harte und engagierte Helfer herausgehen sollten, um auf dem Niveau der Menschen in den Dörfern und dann auch den Städten zu leben. Es ging damals darum, dass diese Helfer sich auf die Lebensbedingungen der Menschen hinsichtlich Wohnen, Schlafen, Essen, Trinken, Hygiene und Toiletten einlassen wollten. Davon sind wir nicht nur weit weg. Wir sind in das komplette Gegenteil gerutscht. Für die Mehrzahl derer, die von der Katastrophenhilfe leben, ist das ein ganz einträglicher Job, den man mittlerweile in Studiengängen an der Uni in Bochum und anderswo studieren kann.

Die Helfer gehen nicht mehr in die Dörfer. Das macht sich bei den flächendeckenden Katastrophen besonders nachteilig für die Opfer bemerkbar.

Die großen Konzerne der Hilfe wie auch die großen Koordinationsagenturen leben davon, dass sie die Arbeit beaufsichtigen, das Geld verwalten und es unter Einbehaltung von 10 bis 20 % an die Organisationen weitergeben, die die Arbeit vor Ort leisten. Dieses Delegationsprinzip ist mittlerweile noch mehr verfeinert worden, so dass es bei Katastrophen oder auch Bürgerkriegen auch in den Förderstaaten oder Provinzen dieser Länder sogenannte *leading agencies* gibt, die die Arbeit in einem

Distrikt oder in einer bestimmten Region verwalten und wiederum das Geld an die Malocher an der Front weitergeben.

Ich will den einen großen überwältigenden Faktor erwähnen, der das Leben der bedrohten Menschheit aufatmen lässt. Es gibt in solchen großen Katastrophen eine »gnädige Menschheit«. Wenn unter Martin Luther die große theologische Weltfrage galt: Wie bekomme ich einen gnädigen Gott?, so muss in der Moderne festgehalten werden: Es gibt geradezu eine Garantie, dass immer dann, wenn Menschen unverschuldet in Naturkatastrophen, aber auch in menschengemachte Katastrophen geraten, sich die gnädige Menschheit aufmacht und zu helfen beginnt. Mit allem, was sie hat und über was sie verfügt.

Das wurde am auffälligsten, als am zweiten Weihnachtstag 2004 die Erde in einer wirklichen Menschheitskatastrophe in der Staatenwelt um den Indischen Ozean und den Golf von Bengalen wie auch in Ostafrika aufbrach und riesige Küstenregionen praktisch zerstörte und fast unbewohnbar machte. Damals setzte diese gnädige Menschheit sogar ein Gesetz aus der Fundraising-Kultur Europas und der westlichen Welt außer Kraft, das dadurch bestimmt ist, dass die zumeist christlich geprägten Menschen die Hauptmasse ihres vom Mitleid geprägten Handelns in Form von Spenden vor Weihnachten weggeben. Deshalb gibt es das Fundraising-Gesetz, dass man nach Weihnachten und vor und nach Neujahr kaum um Spenden einkommen kann.

Dieses Gesetz wurde von unseren Bürgern praktisch außer Kraft gesetzt.

Wir haben damals eine quantitativ bisher nie dagewesene Hilfsbereitschaft der Völker Europas und der atlantischen Welt erlebt, die so weit ging, dass die Organisation Ärzte ohne Grenzen (Médecins Sans Frontières) die eigenen Spender schon davon abhalten wollte, für Südostasien weiter gezielt Geld zu geben.

Die Hauptstadt und die Büros

Ich erinnere mich, dass wir fast alle im Januar/Februar 2005 im Anflug auf Medan (Hauptstadt der indonesischen Insel Sumatra) waren, sei es über Kuala Lumpur oder über Singapur. Es war ein Run auf den Flughafen von Banda Aceh, die Hauptstadt der geschäftigen Provinz.

Die Mehrzahl der Organisationen schickte ihre Voraustrupps, die ein Büro in der Hauptstadt, die nicht so stark zerstört war – aufbauen sollten.

Wir trafen uns am Abend mit einer kleinen katholischen Studentenorganisation, die uns dringend anflehte, nicht nach Banda Aceh zu gehen, sondern möglichst an die Westküste von Sumatra, weil dort zig tausende wenn nicht hunderttausende von Menschen aus ihren überfluteten Dörfern herausgerissen wären und nun bar jeder Versorgung darauf warteten, dass ihnen jemand zu Hilfe käme.

Um aber das zu tun, mussten wir drei Anweisungen der UNO überspringen. Es hieß damals, dass man nicht ohne militärischen Begleitschutz auf die andere Seite von Sumatra fahren könnte. Außerdem sei das – zweitens – auch nicht sinnvoll, weil alle Straßen an der Küste nach Norden durch zerbrochene und geborstene Brücken unpassierbar seien. Und – drittens – sei das auch deshalb ein aussichtsloses Unterfangen, weil die Bevölkerung in wilder Flucht ins Landesinnere geflohen sei.

Alle drei Anweisungen erwiesen sich in der Realität als falsch. Erstens war es gar kein Problem, mit einem gemieteten Privatauto über den Kamm der Sumatra Berge von Medan an die Westküste zu fahren. Zum anderen war die Küstenstraße passierbar. Und zum Dritten war die Hauptmasse der betroffenen Bevölkerung in der unmittelbaren Nähe ihrer Dörfer und Häuser geblieben.

Wir haben diese Reise begonnen und kamen an der Westküste in ein Gebiet, in dem weder UNO noch Militärärzte gewe-

sen waren – und in das nebenbei gesagt, auch bis zum relativen Ende der Katastrophe sich keiner hinbewegte. Wir trafen in Pulau Kayu auf eine Bevölkerung, die sich völlig verängstigt in einer Holzfabrik eingeklemmt hatte. Wir versprachen dem Ort, der direkt an der Küste lag und total zerstört war, eine Hilfe, die sofort in sechs Tagen durch die Lieferung des ersten Materials geschah.

Wir richteten eine große Schreinerei ein, die Moschee des Ortes war der Versammlungsraum, und machten uns an die Arbeit. Die Häuser waren nach indonesischem Vorbild so konzipiert, dass sie besser waren als das, was man bisher hatte, aber nicht im europäischen Sinne. Die Häuser wurden auf Betonstelzen gesetzt, so dass sie von der nächsten Flut nicht gleich weggeschwemmt worden wären. Der Bupati (deutsch etwa: der Landrat) der Region übertrug den Dorfbewohnern durch ein Schreiben auch den Besitz des Bodens, auf den diese Häuser gebaut wurden.

Die Menschen wurden aktiviert zum Wiederaufbau der Häuser unter Anleitung professioneller Bauingenieure (die schickten wir von der NGO Grünhelme e.V. aus Deutschland). Sie können damit ihre Traumatisierungen durch die Arbeit an ihren künftigen Häusern überwinden. Drittens wurden sie so Hausbesitzer auf eigenem Grund.

Flüchtlingslager als Gesetz der Katastrophenhilfe

Die großen UN-Agenturen kennen bei Katastrophen nur Lager. Das hat sich als Globalgesetz so durchgesetzt, dass man sich kaum noch vorstellen kann, dass es auch andere Möglichkeiten gibt als Lager. Zum Beispiel gab es bei der Flutkatastrophe in Pakistan 2010 zwar die Notwendigkeit, eigene Lager kurz durch die Lieferung von Zelten zu gewährleisten, gleichzeitig aber musste man bei Rückgang des Wassers

gleich versuchen, mit diesen Menschen aus den Lagern heraus und in ihre Heimatdörfer zu gehen.

Lager sind die schlechteste Möglichkeit, Menschen ein menschenwürdiges Leben zu geben. Sie sind aber die leichteste Form, in der die Koordinationsagenturen die Menschen zusammenbringen.

Die bessere Methode besteht immer darin, den Zeitraum der Massenunterbringung in Zelten oder Häusern, Turnhallen oder Fabriken so kurz wie nur möglich zu halten. Denn Menschen verlieren schnell die Fähigkeit, weiter für sich selbst zu sorgen. Sie werden passive Empfänger von milden Gaben. Sie verlieren diese Fähigkeit auf Dauer ganz, denn diese Lager werden immer weiter perfektioniert.

In Pakistan gab es eine Materialschlacht mit allem, was die Hilfsindustrie zusammenbringt. Sowohl im Punjab wie im Sindh. Aber wieder war das Bemühen der UNO-Agenturen zu erkennen, dieses Lagerleben zu perpetuieren.

Es wurden auch noch zeitverzögert neue Zeltlager im Sindh, auf dem Wege von Karachi nach Larnaka gebaut, als die Menschen aus eigener Kraft schon wieder auf dem Wege in ihre zerstörten Dörfer in den Überschwemmungsumgebung zurückgingen.

Was sollte künftig geschehen?

Die Forderungen an die Weltgemeinschaft sind klar:

Bei Ausbruch einer Katastrophe sollte die UNO ein Land benennen, das auch bestimmt, wer unter diesem Kommando noch arbeiten kann und will. Dieses Land müsste danach ausgewählt sein, dass seine Bewohner die Sprache des von der Katastrophe gebeutelten Landes sprechen.

Alles, was danach von Seiten der UNO-Agenturen (UNICEF, UNHCR, WHO, WFP) und auch von anderer Seite – in

das Land kommt, muss sich der klaren Koordination des einen Landes unterstellen.

Es müsste immer gleich mit der Hälfte der Geräte, der Transportmittel, der Helfer aus der Hauptstadt heraus – und in die ländlichen Bereiche hineingegangen werden.

Es müssen sich alle Helfer für eine solche Katastrophenarbeit verpflichten, nicht besonders komfortable Quartiere zu haben, sondern in den Dörfern bei der Leitung der Bauarbeiten und der Bereitstellung der Baumaterialien am Ort zu bleiben.

Lager müssten nach einer Deadline von maximal sechs Monaten aufgelöst sein und die Menschen wieder in ihre Heimatgebiete und -dörfer geschickt werden.

Der Tendenz zum »Eingraben« der Hilfsagenturen aus aller Herren Länder muss Einhalt geboten werden. Dass sich die Agenturen der UNO (die sog. UNO-Töchter) in den betroffenen Ländern größte Bürogebäude zulegen und sich vor Ort verstetigen, schafft für die Betroffenen eine Abhängigkeit, aus der sie manchmal nicht herauskommen.

Das Syndrom Lockichokio muss bekämpft werden: Als die Operation *Lifeline Sudan* im März 1989 anlief, wurde ein Platz an der unmittelbaren Grenze von Kenya zum Sudan von dem UNICEF-Direktor James Grant ausgeguckt für eine provisorische Luftbrücke zum Abwurf von Nahrungsmitteln. Die Hungersnot im Sudan hatte Ende der 80er Jahre einen Höhepunkt erreicht. Dieser Platz sollte, so hieß es damals – für sechs Monate für Nahrungsmittel abwerfende dickbäuchige Herkules-Flugzeuge aufgebaut werden. Er ist 15 Jahre später nicht nur weiter aktiv für Herkules- und Buffalo-Flugzeuge, sondern die gesamte große Hilfe hat sich in dem Lager eingegraben. Das sieht mittlerweile so schön aus, dass man dort auch Urlaub machen kann.